

AUSGABE VOM 29. SEPTEMBER 2023

Linksextremismus: Wie geht die Regierung gegen Gefährder vor?

Die Zahl untergetauchter gewaltbereiter Linksextremisten ist bundesweit offenbar gestiegen. Das Bundesamt für Verfassungsschutz soll laut Medienberichten seine Warnung im Bereich Linksextremismus verstärkt haben. Vor diesem Hintergrund hat der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Breilmann, zuständiger Extremismus-Experte der Unions-Bundestagsfraktion, die Bundesregierung in einer schriftlichen Anfrage aufgefordert, ihre konkreten Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Gefahrenlage und zur Erhöhung des Fahndungsdrucks auf untergetauchte mit Haftbefehl gesuchte Gefährder darzulegen. Aktuell fahndet der Generalbundesanwalt u.a. nach einem mit Haftbefehl gesuchten Linksextremisten, dem die Bildung einer kriminellen/terroristischen Vereinigung vorgeworfen wird und der sich laut Polizei in Dortmund aufhalten könnte. Die Regierung hat für die Beantwortung eine Woche Zeit.

CDU/CSU fordert Null-Toleranz gegenüber kriminellen Clans

Der Bundestag hat am Freitag einen [Antrag](#) der CDU/CSU-Fraktion zur Bekämpfung der Clankriminalität beraten. Darin fordert die Union eine Null-Toleranz-Politik in Fällen von Clankriminalität. Der Rechtsstaat sei nach Ansicht der Union durch Clankriminalität in besonderem Maße herausgefordert: Vor allem in Großstädten hätten sich die Aktivitäten krimineller Clans in den letzten Jahren zu einem sichtbaren Phänomen entwickelt. Als „Clans“ würden großfamiliäre Strukturen bezeichnet, bei denen ein erheblicher Teil von Familienmitgliedern in kriminelle Machenschaften verstrickt ist. Die Spannweite reiche von Bagatelldelikten bis hin zu schweren Verbrechen wie



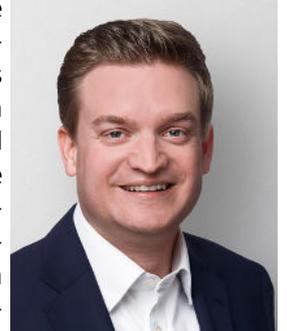
Seit Herbert Reul sein Amt als NRW-Innenminister antrat, verfolgt er eine Null-Toleranz-Politik: MdB Breilmann tauschte sich mit dem Minister im Sommer in Castrop-Rauxel über unterstützende Maßnahmen des Bundes gegen Clankriminalität aus. (Bild: privat)

Mord und Totschlag, Drogenhandel und gewaltsam ausgetragenen Konflikten verfeindeter Clanfamilien auf offener Straße. Hinzu komme die generelle Missachtung elementarer Prinzipien des Rechtsstaats und eine grundsätzliche Ablehnung unserer Rechts- und Werteordnung. Viele Mitglieder von Clanfamilien sind Deutsche, ein erheblicher Anteil verfügt jedoch über eine ausländische oder eine doppelte Staatsangehörigkeit. „Wir wollen der Clankriminalität mit einer Null-Toleranz-Strategie entgegentreten“, so der CDU-Innenexperte Michael Breilmann, der angesichts der brutalen Massenschlägereien zwischen Clans und der Tumultlagen Mitte Juni in Castrop-Rauxel den Antrag mit initiiert hat. Das er-

fordere auf allen Ebenen konsequente Reaktionen und Maßnahmen des Rechtsstaats, so MdB Breilmann. „Zur Bekämpfung der Clankriminalität wollen wir die Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden stärken und ihnen die erforderlichen Instrumente für effektive Ermittlungen an die Hand geben. Wir brauchen noch wirksamere Regeln, um illegal erworbenes Vermögen besser abschöpfen zu können. Kriminelle Clanmitglieder mit ausländischer Staatsangehörigkeit müssen konsequent ausgewiesen und abgeschoben werden; bei Doppelstaatlern wollen wir Möglichkeiten zum Entzug der deutschen Staatsangehörigkeit prüfen“, so der CDU-Politiker.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

die Tumulte zwischen rivalisierenden Clans im Sommer in Castrop-Rauxel haben viele Menschen verunsichert. Derartiges darf sich nicht wiederholen! Unmittel-



bar danach hatte ich begonnen, in enger Abstimmung mit meinen Berliner Unions-Kolleginnen und Kollegen sowie Innenminister Reul, dem ich für Rat und Tat dankbar bin und dessen Strategie zur Bekämpfung der Clankriminalität bundesweit Maßstäbe setzt, Maßnahmen zu überlegen, mit denen sich der Bund an der Bekämpfung der Clankriminalität besser beteiligen könnte. Ich konnte die Anregungen aus dem Kreis bündeln und in den Antrag der Union einbringen, der am Freitag im Plenum behandelt wurde. Danke an alle Beteiligten. Nun ist die Regierungsmehrheit gefordert. Allein ich habe wenig Hoffnung, denn die Ampel kann sich nicht mal auf eine gemeinsame Definition zum Kriminalitätsfeld einigen, spielt die Taten herunter. Wie realitätsfern kann man sein? Es ist Halbzeit in Berlin, vor zwei Jahren wurde ich in den Bundestag gewählt und habe die Ehre, die Menschen der Region in Berlin zu vertreten. Ich verspreche: Auch in den kommenden Jahren werde ich nicht müde werden, die Interessen der Region in Berlin – bei der Inneren Sicherheit und allen anderen Bereichen - massiv und lautstark zu vertreten, mag es der selbstzufriedenen Ampel passen oder nicht.

Ihr

Michael Breilmann

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis
Recklinghausen I



Unions-Antrag: Deutschland aus der Baukrise führen

Die CDU/CSU-Fraktion sieht „Deutschland in einer Wohnungsbaukrise“ und fordert in einem [Antrag](#) wirksame Maßnahmen für bezahlbares Bauen und Wohnen zu ergreifen. Die Lage der Baubranche nennt sie in einer Debatte am Donnerstag „dramatisch“. Die Genehmigungszahlen brächen flächendeckend ein, die Auftragsbücher der Unternehmen liefen leer und Projekte würden storniert. In der Branche gebe es bereits Kurzarbeit und Entlassungen, erste Betriebe meldeten Insolvenz an. Die dramatische Lage führe zu steigenden Mieten und gesellschaftlichen Spannungen. „Wir brauchen jetzt einen Impuls für mehr und bezahlbaren Wohnungsbau“ fordert CDU-MdB Michael Breilmann. „Die Ampel-Regierung hatte bis zum Baugipfel alle Hilferufe aus der Bauwirtschaft ungehört verhallen lassen“. Der Kanzler steht hier persönlich in der Verantwortung, so der Baupolitiker. Angesichts der dramatischen Lage müsse gegengesteuert werden. „Dafür ist ein Dreiklang aus steuerlichen Maßnahmen, gezielter Förderung und der Senkung von Bau- und Baunebenkosten nötig. Der Staat muss vom Kostentreiber zum Impulsgeber werden“, so Breilmann.

Flüchtlingskosten: Bund lässt Kommunen im Stich



Schwerpunkt der Innenausschusssitzung am Mittwoch war anlässlich eines Berichts von Innenministerin Faeser die Haltung des Bundes zur Migrationspolitik. „Die Ampel lässt unsere Kommunen leider weiter bei der Finanzierung flüchtlingsbedingter Mehrausgaben im Regen stehen“, kritisiert der CDU-Innenexperte Michael Breilmann. Zusagen würden nicht eingehalten und stattdessen die Bund-Länder-Beratungen über ein langfristig tragfähiges System der Flüchtlingskostenfinanzierung zum Scheitern gebracht. Ankündigungen, jetzt doch gegen irreguläre Migration vorgehen zu wollen, erschienen vor diesem Hintergrund nicht glaubhaft, „zumal, wenn Teile der Bundesregierung versuchen, die auf EU-Ebene wichtige Vereinbarung zur gemeinsamen Asylpolitik zu hintertreiben“, so Breilmann. Der Bund drücke sich vor einer tragfähigen Finanzierungslösung, wie sie seitens der unionsgeführten Regierung nach 2015 etabliert war. Mit dem „bewährten 4-Säulen-Modell“ könnten laut MdB Breilmann die Belastungen aufgeteilt werden und Kommunen Planungssicherheit erhalten. (Bild: privat)

Goethe-Schule Bochum zu Gast im Bundestag



Am Donnerstag begrüßte der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Breilmann die Schülerinnen und Schüler des Geschichte-Leistungskurses der Goethe-Schule aus Bochum in Begleitung von Lehrer Tobias Ossmann im Bundestag. Die zwölf Gymnasiasten, die im Rahmen ihrer LK-Fahrt die Hauptstadt besuchen, stellten MdB Breilmann, der die Stadt als Betreuungswahlkreis für die Unions-Landesgruppe betreut, im Gespräch unter anderem Fragen zum Staatsangehörigkeitsrecht und zur möglichen Einführung eines sozialen Pflichtjahres. Im Anschluss ging es dann noch zum Gruppenbild auf die Reichstagskuppel. „Vielen Dank für den Besuch und die spannende Diskussion, die mir viel Spaß gemacht hat. Herzlichen Dank für das tolle Engagement“, so MdB Breilmann. (Bild: privat)

„Deutschland-Pakt“: Irreguläre Migration stoppen

In der Migrationskrise hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion der Ampel-Koalition in einer Debatte am Donnerstag eine Täuschung von Parlament und Öffentlichkeit vorgeworfen. So habe der Kanzler seinen vorgeschlagenen Deutschland-Pakt nicht mit konkreten Angeboten an die Opposition unterfüttert. Und: Die Ministerinnen Faeser und Baerbock wollten in Wirklichkeit gar keine Zurückweisungen von Migranten. Seit dem Angebot von Scholz für einen Pakt zur Bewältigung der großen Krisen seien drei Wochen ohne Ergebnis vergangen. Während die CDU/CSU-Fraktion als ersten Schritt bereits einen Pakt zum Stopp der illegalen Migration vorgeschlagen hatte, blieben die Initiativen der Bundesregierung zur Zusammenarbeit aus. Auch für den CDU-Innenpolitiker Michael Breilmann ist klar, dass keine Ressourcen für die Aufnahme neuer Flüchtlinge mehr vorhanden seien: „Die Integrationsfähigkeit unseres Landes ist längst überschritten“.

Impressum:

Ausgabe Nr. 37 der 20. Wahlperiode

29. September 2023

Herausgeber:

Bundestagsbüro M. Breilmann

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-72555

Email:

michael.breilmann@bundestag.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:

M. Breilmann MdB/Harald Häßler